

BÜCHER AUS DER UKRAINE

Juri Durkot

Das Dilemma des ukrainischen Faust

Der vorliegende Beitrag erhebt auf keinen Fall den Anspruch auf einen umfassenden Überblick über das politische Buch in der Ukraine um die Jahrtausendwende. Vielmehr wird hier ein Versuch gemacht, die – zumindest nach der subjektiven Meinung des Verfassers – relevanten Publikationen der letzten Jahre unter die Lupe zu nehmen, die für eine kontroverse Diskussion gesorgt haben bzw. das Potenzial aufweisen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Dabei verzichtete der Autor bewusst auf die Analyse der Neuerscheinungen aus der Feder der offiziellen Politprominenz, die zuletzt auch nicht besonders zahlreich waren.

■ Wolodymyr Lytwyn, *Ukrajina: doswid ta problemy derschawotworennja*, Naukowa Dumka, Kiew, 2001

■ Jewhen Martschuk, *Ukrajina: nowa paradygma postupu*, Avalon, Kiew, 2001

Um die politische Oberliga trotzdem nicht ganz unerwähnt zu lassen, sind hier allenfalls zwei Titel zu nennen: *Ukrajina: doswid ta problemy derschawotworennja* (Ukraine: Erfahrungen und Probleme der Staatsbildung) vom Präsidentschaftsamtchef Wolodymyr Lytwyn sowie *Ukrajina: nowa paradygma postupu* (Ukraine: das neue Paradigma des Fortschritts) vom Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Jewhen Martschuk. Beide Politiker haben sich im vergangenen Jahr nicht durch ihre Buchveröffentlichungen, sondern vielmehr durch die Verstrickungen in politische Skandale hervorgetan. Wolodymyr Lytwyn, heute der Spitzenkandidat des Wahlbündnisses „Für die einheitliche Ukraine“, versucht bewusst immer noch, durch zahlreiche Publikationen sein Image als seriöser Politikwissenschaftler zu pflegen. Allerdings konnte er den Verdacht, in den Gongadse-Fall verwickelt zu sein, nie vollständig ausräumen, obwohl

der politische Druck zu keinem Zeitpunkt stark genug war, um seinen Rücktritt zu erzwingen. Und gegen Jewhen Martschuk, der auch bereits ein paar Bücher veröffentlicht hat, verdichteten sich zuletzt Hinweise auf eine mögliche Verstrickung in illegale Waffengeschäfte in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, als er an der Spitze des ukrainischen Sicherheitsdienstes stand.

■ **Zivilgesellschaft in der Ukraine: die Diskussion steht erst in den Startlöchern**

Obwohl der Begriff der Zivilgesellschaft in den letzten Jahren zu einem Modewort in der Ukraine geworden ist, sind bisher zu diesem Thema nur wenige Veröffentlichungen zu verzeichnen. Das Buch *Dylemy ukrainskoho Fausta: bromadjanske suspilstwo i „rosbudowa derschawy“* (Dilemmata des ukrainischen Faust: Zivilgesellschaft und Staatsaufbau) des bekannten ukrainischen Publizisten Mykola Rjabtschuk soll diese Lücke schließen. Der 1953 geborene Rjabtschuk, der unter anderem für mehrere ukrainische Zeitschriften und Zeitungen als Literaturkritiker und Kulturwissenschaftler gearbeitet hatte, widmete sich in den neunziger Jahren verstärkt den Themen Zivilgesellschaft, nationale Identität und Staatsaufbau. Das vorliegende Buch ist eine Sammlung von Rjabtschuks Essays und Artikeln, die vereinzelt in den letzten zehn Jahren veröffentlicht wurden; zwei ebenfalls als Essays konzipierte und speziell für diese Publikation verfasste Texte, Einleitung und Nachwort, bilden den formellen Rahmen.

Rjabtschuk weist auf drei wesentliche Hindernisse beim Aufbau einer funktionierenden Zivilgesellschaft in der heutigen Ukraine hin. Es sind, erstens, das „staatstragende“ Erbe der Sowjetzeit, die Vorliebe der Bevölkerung für den staatlichen Paternalismus sowie ihre gesellschaftliche Passivität und Entfremdung. Zweitens ist es die sprachlich-kulturelle Differenzierung, die die Institutionen der Zivilgesellschaft nicht selten nach dem sprachlich-ethnischen Prinzip teilt, anstatt sie nations- und gesellschaftsübergreifend zu gestalten. Drittens spielt das Ausbleiben einer umfassenden wirtschaftlichen Reform eine wichtige Rolle (erst die Regierung Juschtschenko hat seit Anfang 2000 versucht, die ukrainische Wirtschaft zu

■ Mykola Rjabtschuk,
*Dylemy ukrainskoho Fausta:
bromadjanske suspilstwo i
„rosbudowa derschawy“*,
Krytyka, Kiew, 2000

reformieren, wurde jedoch fünfzehn Monate später im April 2001 durch ein Misstrauensvotum abgesetzt – *Anm. des Verfassers*). Damit fehle es laut Rjabtschuk an dem wirtschaftlichen Standbein für eine Emanzipation der Bevölkerung vom regulierend-verteilenden Staat. Wie in allen vormodernen Gesellschaften ist in der heutigen Ukraine überwiegend die Nähe zu den Machthabenden, und nicht die legale effektive Unternehmensführung die Quelle für Wohlstand. Auf diese Weise bleibt auch die Etablierung eines selbständigen, in wirtschaftlicher Hinsicht vom Staat und dessen Kapriolen unabhängigen Bürgers als Träger der Zivilgesellschaft problematisch.

In der Ukraine hat eine richtige Entkommunisierung und Entsowjetisierung nie stattgefunden. Der postkommunistischen Nomenklatura (der Partei der Macht unter Krawtschuk und den Oligarchen unter Kutschma) ist es gelungen, nicht nur an der Macht zu bleiben, sondern auch die nationaldemokratische Opposition zu marginalisieren. Dabei spielten ihr die Nationaldemokraten oft in die Hände, schreibt Rjabtschuk weiter. Einerseits fühlten sie sich zwar als „Demokraten“ zum Schutz der Zivilgesellschaft und demokratischer Werte vor dem autoritären Staat verpflichtet, andererseits aber sahen sie die Notwendigkeit, das ambitionierte Projekt „des Staatsausbaus“ voranzutreiben, auch unter der „mephistophelischen“ Führung der postkommunistischen Eliten. Aus diesem Faust-Dilemma haben sie bisher keinen Ausweg gefunden.

Die heutige ukrainische Elite sieht den Beobachtungen von Mykola Rjabtschuk zufolge nicht ohne Grund in einer schwach strukturierten und unterentwickelten Zivilgesellschaft den Schlüssel für eigene politische Dominanz. Dabei steht aber laut Rjabtschuk außer Zweifel, dass die Entstehung beziehungsweise die Wiedergeburt einer Zivilgesellschaft in den postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas ein mitentscheidender Faktor für konsequente und effektive Reformen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens sei. In der Ukraine dagegen sind die Eliten an der Überwindung der gesellschaftlichen Ambivalenz nicht interessiert. Als Folge ist Kiew nicht imstande, eine konsequente Strategie zu verfolgen – in der Wirtschaft genauso wenig wie in der Kultur, bei der Rechtsreform oder in den außenpoliti-

schen Beziehungen. Die ausschließlich auf den Machterhalt zielende Strategie der postkommunistischen Elite braucht keine Programme und keine Prinzipien.

Somit sieht Rjabtschuk sein Land in einem Teufelskreis: die Etablierung einer funktionsfähigen Zivilgesellschaft und einer modernen Nation sind ohne die Entmachtung der postkommunistischen Oligarchie nicht möglich; andererseits ist es fast undenkbar, die Oligarchen in einer unterentwickelten Gesellschaft ohne ausgeprägtes nationales Selbstbewusstsein zu entmachten.

Trotzdem bleibt Rjabtschuk in seiner Prognose verhalten optimistisch. Der Teufelskreis kann und muss durchbrochen werden – unter der Voraussetzung, dass die Zivilgesellschaft in der Ukraine sich langsam entwickeln und die demokratische Opposition sich vereinigen wird. Dafür sprechen drei Anhaltspunkte. Erstens ist die ukrainische Zivilgesellschaft zwar schwach, aber nicht so schwach, dass sie von der Oligarchie völlig ignoriert werden könnte (im Unterschied zu den zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in denen sich nach 1991 autoritäre oder gar totalitäre Herrschaftsformen etabliert haben). Zweitens sind die ukrainischen Rohstoffvorräte – im Unterschied zu Russland, Nigeria, Libyen oder Venezuela – eher knapp, so dass die anhaltende Wirtschaftskrise (der Wirtschaftsaufschwung in der Ukraine deutete sich nach einem neunjährigen Produktionsrückgang erst im Jahr 2000 an – *Anm. des Verfassers*) zur Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen den „progressiven“ (produktionsgebundenen) und „konservativen“, auf Rohstoffexporte und Reexporte orientierten Oligarchen führen wird. Das Unvermögen der sowjetischen Wirtschaft, die wachsenden Bedürfnisse der eigenen Nomenklatura zu befriedigen, führte zur Perestrojka; das Unvermögen des postsowjetischen Systems, die Bedürfnisse der Oligarchie zu befriedigen, kann ähnliche Folgen haben. Drittens fehlt es in der Ukraine an einer einheitlichen Ideologie, die die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ansprechen könnte; eine solche Ideologie könnte von der Machtelite für die Mobilisierung der Massen und die Legitimierung eines autoritären oder gar totalitären Regimes genutzt werden. Doch laut Meinungsumfragen sind für zwei Drittel der ukrainischen Bevölkerung weder die

■ *Monolohy w universumi/Aktualni problemy sutschasnoji Ukrainy*, Universum, Lwiv, 2000

nationalistischen noch die kommunistischen Ideen akzeptabel.

Als Versuch, dem Thema Zivilgesellschaft mehr Gewicht zu verleihen, kann auch die Gründung der Reihe *Zivilgesellschaft* des Lemberger Verlags Universum angesehen werden. In den Jahren 2000 und 2001 sind in dieser Reihe vier Bücher erschienen; allerdings sind die Publikationen in ihrer Thematik und Qualität sehr unterschiedlich. Ebenfalls mit diesem Thema befassen sich einige, wenn auch nur wenige Beiträge in dem zeitlich als zweitem Buch des Projektes erschienenen *Monologe im Universum (Monolohy w universumi/Aktualni problemy sutschasnoji Ukrainy)*. Das Buch ist als ein Sammelband der in der Zeitschrift *Universum* in den neunziger Jahren erschienenen Beiträge verschiedener Autoren konzipiert. Interessant für das Thema „Zivilgesellschaft in der Ukraine“ ist hier in erster Linie der aus dem Jahr 2000 stammende Artikel von Anatolij Karas: „Entwicklung der Demokratie als Realisierung der Zivilgesellschaft“. Dieser Aufsatz soll hier stellvertretend für die ganze genannte Publikation betrachtet werden.

Im Gegensatz zur praktisch-publizistischen Art von Mykola Rjabtschuk konzentriert sich der Philosoph Karas eher auf den wissenschaftlich-philosophischen Aspekt des Problems. Nachdem die Ukraine auf demokratischem Wege ihre nationale Unabhängigkeit erworben hatte, sah sich die Gesellschaft in dem neuen Staat mit der Wirkung von zerstörerischen Kräften konfrontiert, die im Endeffekt zu weitverbreiteter Verarmung, Korruption und Hoffnungslosigkeit geführt haben, schreibt Karas. In der Ukraine fehlte es – und fehlt immer noch – an der gesellschaftlichen Solidarität zwischen verschiedenen sozialen Gruppen. Infolge der gesellschaftlichen Differenzierung hat sich eine Kluft zwischen der politischen und staatlichen Macht einerseits und der Gesellschaft andererseits gebildet. Die Hindernisse für die Entwicklung der Demokratie und die gesellschaftliche Integration sieht Karas in erster Linie im staatlichen und politischen Bereich. Der Staat war bisher nicht imstande, die Herausbildung einer gesellschaftlichen Identität um ein klar formuliertes Ziel zu fördern. Die politische Rhetorik über die Demokratie und die Menschenrechte in der Ukraine

und die Verabschiedung einer in ihrem Aufbau demokratischen Verfassung wurden bisher durch die gesellschaftliche Praxis kaum untermauert. Die außerhalb der Machtkreise stehenden gesellschaftlichen Kräfte haben keine Hebel zur Kontrolle der politischen Gewalt in die Hand bekommen, auch ihre Rolle bei der Entwicklung der demokratischen Tendenzen, die später zur staatlichen Unabhängigkeit geführt haben, fand bisher keine gebührende Anerkennung. Unabhängige Zeitungen, die am Anfang der neunziger Jahre die Erörterung solcher Themen wie bürgerliche Freiheiten und Demokratie öffentlich gemacht haben, gerieten bald in eine schwierige finanzielle Situation und wurden durch Medien, deren Eigentum durch eine korruptierte Symbiose des Geldes mit der politischen Macht gebildet wurde, allmählich von dem Markt verdrängt. Die oligarchischen Clans haben die führende Rolle übernommen.

Das zentrale praktische Problem, mit dem die demokratischen Prozesse in der Ukraine konfrontiert sind, besteht laut Karas in der Trennung der wirtschaftlichen Aktivitäten von der staatlich-politischen Macht. Die staatliche Gewalt hat hier jedoch die Taktik des Ignorierens und Schweigens gewählt statt eine klare politische Linie zu zeigen. Oft wird sogar zu einer direkten Administrierung der gesellschaftlichen Bereiche gegriffen; viele negative Beispiele dazu hat die letzte Präsidentschaftswahl im Jahr 1999 geliefert.

In der Ukraine ist die politische Aktivität fast die einzige Form des gesellschaftlichen Handelns geblieben, die Erfolg und Wohlstand verspricht. Dies kann zwar auch die unternehmerische Tätigkeit bringen, die letztere ist jedoch gezwungenermaßen auf die politische und staatliche Unterstützung angewiesen. Viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die von der Politik und von der Wirtschaft weit entfernt sind, haben Millionen von Menschen in den Jahren der politischen Demokratie nichts als Enttäuschungen gebracht. So hält es Karas für nicht besonders verwunderlich, dass heute immer mehr Stimmen gegen die Demokratie und ihre Werte zu vernehmen sind. Zunehmend trifft man auch auf Auffassungen, dass in der Ukraine der „wilde Markt“ und der „oligarchische Kapitalismus“ gesiegt haben.

Die Bekämpfung der negativen Erscheinungen im Verwaltungssystem (beispielsweise der Korruption)

artet ohne einen starken Druck der Zivilgesellschaft in eine totale Demagogie aus. Die Zivilgesellschaft fördert die für eine funktionierende Demokratie wesentlichen Faktoren – nämlich die Transparenz der Verwaltung, die aktive Beteiligung der Bürger und die Kontinuität der politischen Reformen. In diesem Zusammenhang sind heute die Beziehungen zwischen dem gesellschaftlichen und dem politischen Bereich ausschlaggebend für die Weiterentwicklung der Demokratie in der Ukraine. Die unausgereifte, vorzeitige und überschwängliche Pluralisierung der politischen Sphäre mit gleichzeitiger Dominanz der Feindseligkeit beeinflusst schon heute negativ die durch Aggression und Politikergeiz ermüdete Gesellschaft. Dazu kommt auch ein theoretisches Problem: es muss ein für Osteuropa und die Ukraine adaptiertes Modell gefunden werden, das gleichzeitig Möglichkeiten für positive politische Veränderungen über die Verstärkung der Bürgerinitiativen und der Zivilgesellschaft sowie deren Einfluss auf die Marktwirtschaft eröffnen würde.

Die aufkeimende Diskussion über die Zivilgesellschaft wollte die offizielle ukrainische Politprominenz wohl nicht wortlos beobachten. So ist am 19. Januar dieses Jahres ein großer Artikel des bereits erwähnten Präsidialamtschefs Wolodymyr Lytwyn in der auflagenstärksten ukrainischen Zeitung, *Fakty i komentarii*, unter dem Titel „Zivilgesellschaft: Mythen und Realität“ erschienen. Eine Woche später wurde der Artikel in der renommierten Wochenzeitung *Serkalo Nedeli* nachgedruckt. Doch der „programmatische“ Beitrag von Lytwyn (mit dem Anspruch, die Zivilgesellschaft zu entmythologisieren) entpuppte sich als unverschämtes Plagiat: der Text gehört in wesentlichen Zügen der Feder des Vizepräsidenten des Carnegie Endowment for International Peace, Thomas Carothers, und wurde Anfang 1999 in der Zeitschrift *Foreign Policy* veröffentlicht. Lytwyn musste sich entschuldigen und beteuern, dass ein Hinweis auf den Namen des Autors nur durch einen unglücklichen Fehler aus dem Manuskript verschwunden sei. In der darauffolgenden Diskussion wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass beispielsweise die Kritik eines amerikanischen Wissenschaftlers bezüglich der ausländischen Finanzierung der meisten NGO's in neuen Demo-

kratien im Mund des Präsidialverwaltungschefs eines postkommunistischen Staates einen ganz anderen Unterton haben kann.

■ **Parteienforschung in einer schwach strukturierten Parteienlandschaft: Die Linken**

In dem allgemein als unterentwickelt geltenden Parteiensystem sind die ukrainischen Linken ohne Zweifel der am besten strukturierte und organisierte Flügel. Der Analyse der politischen Entwicklung, der programmatischen Werte und der Wählerschaft der linken Parteien widmet sich das von den Mitarbeitern des Forschungszentrums für nationale Sicherheit der Mohyla-Akademie der Universität Kiew verfasste Buch *Ukrainski liwi: misch leninismom i sozialdemokratijeju* (Die ukrainischen Linken: zwischen Leninismus und Sozialdemokratie). Das Buch ist als Ergebnis eines der zwei Projekte des 1998 gegründeten Zentrums entstanden; in den Jahren 1999 bis 2000 wurde hier zudem an dem Thema „Nationalismen in der gegenwärtigen Ukraine als Problem für nationale Sicherheit“ gearbeitet.

Die Linken sind in der gegenwärtigen Ukraine durch eine Gruppe von Parteien vertreten, die gegen die „kapitalistische Verhältnisse“ und für ein mehrheitlich kollektives Eigentum an Produktionsmitteln auftreten. Die Aufmerksamkeit der Forscher richtet sich auf vier Parteien im linken Segment des politischen Spektrums: die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU), die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU), die Bauernpartei der Ukraine (BPU) und die Progressive Sozialistische Partei der Ukraine (PSPU). Alle diese Parteien stehen nach Auffassung der Buchautoren links von der klassischen Sozialdemokratie – sowohl in ihrer traditionellen Definition als auch in der ukrainischen politischen Realität. Die KPU und die PSPU vertreten dabei die orthodoxen kommunistischen Werte, die SPU und die BPU tendieren eher zu einer linkszentristischen Orientierung. Dafür wurden die Parteien, die in ihrem Namen die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ tragen, nicht in das Forschungsprojekt mit einbezogen. Der Grund dafür ist, dass sich die ukrainische Sozialdemokratie bereits Anfang der neunziger Jahre gespalten hat und daraufhin nicht mehr den Rahmen von „politischen

■ Oleksij Haran, Olexandr Majboroda (Hrsg.), *Ukrainski liwi: misch leninismom i sozialdemokratijeju*, KM Academia, Kiew, 2000

Clubs“ überwinden konnte. Einer von diesen Clubs – 1996 als Sozialdemokratische Partei der Ukraine (vereinigte) registriert – geriet nach und nach unter den Einfluss des „oligarchischen Tandems“ von Viktor Medwedtschuk und Grigorij Surkis. Die SDPU (v) wurde somit zu einem Ableger der „Machtpartei“ und hat heute mit den sozialdemokratischen Werten kaum etwas gemeinsam. Demzufolge, schreiben die Buchautoren weiter, ist derzeit die „sozialdemokratische Nische“ in der Ukraine frei. Dafür gibt es mehrere Gründe: die Schwäche der Zivilgesellschaft und der unabhängigen Gewerkschaften, das Misstrauen gegenüber den Parteien in der Gesellschaft, das Fehlen einer Mittelschicht und die Dominanz von drei Lagern in der gegenwärtigen Parteienlandschaft (orthodoxe Linke, Nationaldemokraten, oligarchische und Nomenklaturparteien). Die Autoren schließen jedoch nicht aus, dass in der Zukunft im Kampf um den linkszentristisch orientierten Wähler sowohl ein Teil der ukrainischen orthodoxen Linken als auch ein Teil der SDPU (v) sich in Richtung Sozialdemokratie bewegen könnten.

In vier Kapiteln analysiert das Buch die chronologische Entwicklung der ukrainischen Linken seit Anfang der neunziger Jahre. Das erste einleitende Kapitel behandelt – nach einer kurzen geschichtlichen Retrospektive über die Entstehung der linken Ideen in der Ukraine am Anfang des 20. Jahrhunderts – den Zeitraum vom Ende der achtziger Jahre bis zum Verbot der Kommunistischen Partei im August 1991. Im zweiten Kapitel widmen sich die Autoren der Entstehung der linken Parteien in einem Mehrparteiensystem und der „linken Renaissance“ in der Ukraine, die bis zu den Parlamentswahlen 1998 andauerte, bei denen die Erfolge von 1994 wiederholt werden konnten. Als Hauptursache für das Wiedererstarken der Linken bereits in der ersten Hälfte der neunziger Jahre (im Oktober 1993 wurde die Kommunistische Partei der Ukraine offiziell wieder zugelassen) sehen die Buchautoren die Diskreditierung der Idee marktwirtschaftlicher Reformen. Mit kommunistischen Parolen werden in erster Linie Protestwähler angesprochen, die im Laufe der Transformationsprozesse in soziale Misere geraten sind. Die „linke Renaissance“ wurde durch die Veränderungen in der sozialen und beruflichen Struktur der Bevölkerung ge-

nauso wie durch die Zerstörung des militärisch-industriellen Komplexes und einer Neugewichtung der Industriebranchen begleitet. In diesem Zusammenhang ist es nicht verwunderlich, dass die Linken bei den Parlamentswahlen 1994 rund 43 Prozent und 1998 rund 36 Prozent der Mandate gewinnen konnten. Auch bei den Präsidentschaftswahlen 1999 haben rund elf Millionen Wähler oder knapp 38 Prozent aller Wahlberechtigten ihre Stimmen für den kommunistischen Kandidaten abgegeben.

Doch gerade die Präsidentschaftswahl leitete nach Auffassung der Autoren eine Schwächeperiode für die ukrainischen Linken ein. Danach hatten sie zwei weitere empfindliche Niederlagen einstecken müssen – bei der Bildung einer Koalition ohne Beteiligung der linken Parteien im ukrainischen Parlament Anfang 2000 sowie beim Referendum über die Erweiterung der Präsidentschaftsmacht und die Entmachtung des Parlaments im April 2000 (allerdings blieben die Ergebnisse des Referendums bis heute nicht umgesetzt – *Anm. des Verfassers*). Dieser Zeitraum – von Mitte 1998 bis Mitte 2000 – wird im dritten und vierten Kapitel einer eingehenden Analyse unterzogen. Als Hauptgründe für den „geordneten Rückzug“ der Linken nennen die Autoren Umstrukturierungsprozesse im ukrainischen Parlament nach 1998 und die Spaltung im linken Lager. Die Linken konnten sich nicht rechtzeitig auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten einigen, der von verschiedenen sozialen und ideologischen Gruppen der Bevölkerung hätte akzeptiert werden können, und hatten zu stark darauf gehofft, dass die anhaltende Wirtschaftskrise ihnen ausschlaggebende Argumente gegen den amtierenden Präsidenten Kutschma geben würde. Als Resultat traten die Linken im ersten Wahlgang mit drei Kandidaten (Simonenko, Moros, Witrenko) an. Zwar haben sie gemeinsam mehr Wählerstimmen als Kutschma bekommen (44,5 Prozent gegenüber 36,5 Prozent), doch damit war die Entstehung einer „dritten Kraft“ verhindert, und im zweiten Wahlgang konnte das „russische bipolare Modell“ ausgespielt werden: der amtierende Präsident besiegte die „kommunistische Gefahr“.

Heute gibt es für die ukrainischen Linken nach Auffassung der Autoren die Wahl zwischen zwei Alternativen: a) zwischen dem Kommunismus und

der Sozialdemokratie sowie b) zwischen der Unabhängigkeit und der „modernisierten Union“. Für die weitere Entwicklung werden folgende Fragen von großer Bedeutung sein: an welchen sozialen Schichten werden sich die Linken zukünftig orientieren; welche Programme können sie anbieten, um soziale Probleme zu lösen. Zum Schluss werden im Buch für die linken Parteien vier mögliche Entwicklungsszenarien dargestellt:

Szenario 1. Das Beibehalten des Status quo und der Stagnation. Die linke Mitte ist gespalten und eingeklammert zwischen der oligarchennahen SDPU (v) und der nicht reformierten KPU.

Szenario 2. Die SDPU (v) besetzt die sozialdemokratische Nische, indem sie sich für eine echte sozialdemokratische Partei ausgibt und die sozialdemokratische Idee weiter diskreditiert.

Szenario 3. In der langfristigen Perspektive bildet sich in der SDPU (v) ein Flügel, der sich tatsächlich in Richtung auf die sozialdemokratischen Werte entwickelt. In der Zukunft könnte sich dieser Teil der SDPU (v) mit anderen Parteien, auch mit der Sozialistischen Partei, vereinigen. Wie die Autoren jedoch einräumen, ist dieses Szenario gesehen aus der heutigen Perspektive eher unwahrscheinlich.

Szenario 4. Die Sozialistische Partei entwickelt sich weiter in Richtung Sozialdemokratie; sie bildet Koalitionen mit anderen linkszentristischen und sogar zentristischen Kräften.

■ **Das politische Porträt: neue Tendenzen in der ukrainischen Publizistik**

■ Kost Bondarenko,
Atlanty i kariatydy s-pid
„dachu“ presydenta,
Kalvaria, Lwiv, 2000

Das Buch des Politikwissenschaftlers Kost Bondarenko, *Atlanty i kariatydy s-pid „dachu“ presydenta* (Atlanten und Kariatiden unter dem „Dach“ des Präsidenten), eröffnet ohne Zweifel ein neues Kapitel der ukrainischen Publizistik im Genre des politischen Porträts. Im Buch werden die Porträts von dreizehn Politikern geschildert, die zu verschiedenen Zeiten zur Umgebung von Präsident Kutschma gehört haben, bzw. weiterhin zum engsten Favoritenkreis des Präsidenten zählen. Diese Personen der Zeitgeschichte beeinflussen heute aktiv das politische und wirtschaftliche Leben des Staates; von ihnen hängen nicht selten wichtige politische Entscheidungen ab.

Sie unterstützen die Machthabenden und können sich dafür gewisser Garantien für ihre Zukunft sicher sein, betont Bondarenko. Viele von ihnen haben eine „dubiose“ Vergangenheit, eine nicht weniger „dubiose“ Gegenwart und eine unvorhersehbare Zukunft. Doch in dieser Schicht der ukrainischen politischen Eliten gibt es auch zielstrebige und hochgeachtete Menschen mit großem intellektuellem Potential. Laut Bondarenko ist die gegenwärtige ukrainische Elite, die sich dem Willen aus West und Ost zum Trotz – begleitet durch das Lächeln der Skeptiker – herausgebildet hat, eine Mischung aus fünf verschiedenen Milieus: sie besteht überwiegend aus den ehemaligen KP-Funktionären mittleren Ranges, der ehemaligen Oberschicht im ukrainischen Ableger des sowjetischen Jugendverbandes Komsomol, den ehemaligen Betriebsdirektoren, den Vertretern des „neuen Business“ und den ehemaligen Regimegegnern und Dissidenten.

Die meisten Porträts dieses Buches sind denjenigen gewidmet, die in der ukrainischen Gesellschaft als Inbegriff der Oligarchie gelten. Vadim Rabinowitsch, Ihor Bakaj, Grigorij Surkis, Viktor Medwedschuk, Viktor Pintschuk, Olexandr Wolkow – das Namensverzeichnis liest sich wie das ukrainische „Oligarchenbuch“ schlechthin. Auch die zweite Liga ist durch Anna Antonjewa, Bohdan Hubschi oder den mittlerweile böse gestürzten Ihor Didenko sowie durch die beiden als präsidententreu geltenden, aus der Westukraine stammenden Politiker Mychajlo Hladij (Agrarpartei) und den lange Jahre im Mediengeschäft tätigen Sinowij Kulyk reichlich vertreten. Das Buch wird durch die Porträts des damaligen Premiers Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenkos, der ebenso dem Oligarchenclub entstammenden und später in die Opposition zu Präsident Kutschma übergelaufenen Vizepremierministerin seiner Regierung, komplettiert.

Bondarenko weist auf einen wichtigen Unterschied zwischen den ukrainischen und russischen Neureichen hin: Im Gegensatz zu ihren russischen Kollegen verfügen die ukrainischen Oligarchen über keine Basis für die Vermehrung des eigenen Kapitals. Deswegen sind sie fast ausschließlich als Vermittler zu ihrem Reichtum gekommen – in der Regel durch den Weiterverkauf der russischen Energieträger. In

dieser Situation sieht Bondarenko eine große Gefahr – die ukrainische Politik gerät in eine immer größere Abhängigkeit vom russischen Diktat. Doch auch unter solchen Bedingungen zeigen sich die ukrainischen Politiker überraschenderweise nicht selten zu interessanten und unorthodoxen Schachzügen imstande, die in eine von Moskau entgegengesetzte Richtung weisen.

Im Gegensatz zu anderen Autoren ist es Bondarenko in seinem Buch gelungen, wenn auch nicht ganz objektiv zu bleiben, so doch zumindest seine heimlichen Sympathien (die wohl doch der Regierung Juschtschenko/Timoschenko gehören) nicht öffentlich zu bekunden. Die sachlichen und mit vielen Details aus dem beruflichen (aber nicht dem persönlichen!) Leben der Betroffenen geschilderten Porträts basieren auf zahlreichen Publikationen in der ukrainischen Presse der neunziger Jahre und bestehen durch ihre Unvoreingenommenheit. Bondarenko unterstreicht, dass alle in diesem Buch enthaltenen Informationen aus den öffentlich zugänglichen Quellen stammen (in der gegenwärtigen ukrainischen Journalistik ein wichtiger Hinweis, um eventuelle Schadensersatzklagen wegen Verleumdung in der Zukunft abzuwenden – *Anm. des Verfassers*) und bisher niemals – wenn womöglich auch rufschädigend für die Betroffenen – Gegenstand von Gerichtsklagen gewesen sind. Dieses trotzdem nicht ganz spekulationsfreie Who is who der ukrainischen Oligarchie war ursprünglich als erstes Buch in der Reihe *Politische Initiativen* gedacht, die den führenden ukrainischen Politikern gewidmet sein sollte. Neben zwei weiteren Büchern mit politischen Porträts war die Veröffentlichung der politischen Biographie von Präsident Kutschma sowie 25 Porträts der Gouverneure aller ukrainischen Regionen geplant. Das zweite Buch dieser Reihe ist ebenfalls im Jahr 2000 erschienen – Taras Batenko, *Koroli SND: Portrety dwanadtsjaty presydentiw* (Die Könige der GUS: Porträts der zwölf Präsidenten), Kalvaria, Lwiw, 2000 –. Die einzelnen in den Atlanten... enthaltenen Politikerporträts sind auch im Internet unter www.elitprofi.com.ua abrufbar, leider ohne Angabe von Quelle und Autor.

■ Taras Batenko, *Koroli SND: Portrety dwanadtsjaty presydentiw*, Kalvaria, Lwiw, 2000

■ Die offizielle Sicht: erfolgreiche Reformierung der ukrainischen Wirtschaft

Das 1999 erschienene Buch des langjährigen Wirtschaftsberaters (1994-1999) von Präsident Kutschma und heutigen Vorsitzenden des Nationalbankrates Anatolij Haltschinskij, *Ukrajina: postup u majbutnje* (Ukraine: der Weg in die Zukunft), steht für die offizielle Betrachtungsweise der gesellschaftlichen und insbesondere der wirtschaftlichen Entwicklung der Ukraine in den ersten neun Jahren seit der Unabhängigkeit.

Nach anfänglicher Unentschlossenheit der Kiewer Regierungen und der politischen Führung der Ukraine in den Jahren 1991 bis 1992 (diese Periode betrachtet Haltschinskij als „Imitation der Reformen“) ist die Ukraine in eine schwierige Wirtschaftskrise geraten. Die kleinen baltischen Staaten, aber auch Russland, haben viel konsequenter und erfolgreicher mit der Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen begonnen. Der Zusammenbruch der Wirtschaftsbeziehungen, die administrative Preiserhöhung, das wirtschaftliche Diktat aus Moskau und das Scheitern der Währungsreform haben praktisch den Kollaps des Finanzsystems, eine Spirale der Hyperinflation, ein Riesenloch im Staatshaushalt (unter Berücksichtigung der Kredite der Nationalbank an die Landwirtschaft und die Kohleindustrie erreichte das Haushaltsdefizit 1992 die Marke von 37 Prozent des BIP!) und eine Dominanz der Schattenwirtschaft verursacht. Der erste Versuch, die Krise zu überwinden, wurde erst durch die Regierung von Leonid Kutschma (Oktober 1992 – September 1993) unternommen. Diesem Kabinett fehlte es nach Ansicht von Haltschinskij jedoch an einem einheitlichen Konzept für die Wirtschaftsreform, vielmehr war es lediglich ein Antikrisenprogramm, eine Reaktion auf die mit der Wucht einer Schneelawine immer neu entstehenden Probleme. Die Kabinettsmitglieder hatten nicht die notwendigen makroökonomischen Visionen und keine Erfahrung in der staatlichen Administration. Dem liberalen Ökonomen Viktor Pynsenyk (heute Vorsitzender der Partei Reformen und Ordnung im Wahlbündnis Nascha Ukraina von Viktor Juschtschenko – *Anm. des Verfassers*), der eine Zeit lang Vizepremierminister und Wirtschaftsminister in der

■ Anatolij Haltschinskij,
*Ukrajina: postup u
majbutnje*, Osnowy, Kiew,
1999

Regierung Kutschma war, attestiert Haltschinskij zwar eine gute Reformtaktik, räumt jedoch gleichzeitig ein, dass Pynsenyk über ziemlich bescheidene Möglichkeiten in der Strategie der Wirtschaftsreformen verfügte. Für das Scheitern der Wirtschaftspolitik von Kutschma macht Haltschinskij neben der Weigerung des Parlaments, die Vollmachten des Premiers zu verlängern und zu erweitern auch die Geldpolitik der Notenbank verantwortlich, die seit Anfang 1993 durch den jungen Banker und späteren Ministerpräsidenten Viktor Juschtschenko geleitet wurde. Billige Kredite an die Landwirtschaft und die Kohleindustrie sowie die zögerliche Haltung bei der Einführung der neuen Währung (die Ukraine hat als letzter Nachfolgestaat der Sowjetunion die Nationalwährung Hrywnja erst im September 1996 eingeführt; bis zu diesem Zeitpunkt war eine Ersatzwährung im Umlauf) machten alle Versuche der Regierung, die Preise unter Kontrolle zu bekommen und eine relative Geldwertstabilität zu erreichen, zunichte.

Nach dem Rücktritt Kutschmas rutschte die Wirtschaft erneut in das administrative Kommando-system. Erst nach dem Sieg von Leonid Kutschma bei der Präsidentschaftswahl im Sommer 1994 wurde wenige Monate später eine neue Etappe der Reformen eingeleitet. Das neue Programm hieß „Auf dem Weg der radikalen Wirtschaftsreform“. Doch die Ukraine befand sich 1994 in der schwierigsten Wirtschaftslage unter den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Und die erzwungene Suche nach einem politischen Kompromiss mit dem Parlament führte zu einer nochmaligen Verschiebung des Reformbeginns.

Die Eckpfeiler für die Reform sollten eine neue Wirtschaftspolitik, die breitangelegte Privatisierung der Staatsbetriebe, eine umfassende Agrarreform und eine Stabilisierung der Währung bilden, schreibt Haltschinskij weiter. Als Ziel wurde der Aufbau einer sozial ausgerichteten Marktwirtschaft deklariert, die auf den Prinzipien der Demokratie und Gleichberechtigung von verschiedenen Eigentumsformen basiert. Doch bereits nach den anfänglichen Erfolgen – die Inflation verringerte sich drastisch und der wirtschaftliche Rückgang verlangsamte sich erkennbar – hat Kutschma eine Korrektur des Wirtschaftskurses gefordert. Haltschinskij begründet die – aus seiner

Sicht absolut notwendige – Korrektur damit, dass die auf der Anfangsetappe eingeleitete Politik des knappen Geldes kein Selbstzweck war. Für Haltschinskij war die konsequente monetaristische Politik nur ein erzwungener Schritt, der bei der Bekämpfung der Hyperinflation unvermeidlich war. Auf den folgenden Seiten betont der Autor noch einmal, dass Kutschma (und offensichtlich auch Haltschinskij selbst) kein Verfechter des Monetarismus ist. Hier geraten die Notenbank und ihr Chef Viktor Juschtschenko wieder in die Kritik – diesmal für ihre Weigerung, die Geldpolitik zu lockern. Mitverantwortlich für die Reformblockade macht Haltschinskij auch die beiden Ex-Premiers Jewhen Martschuk und Pawlo Lasarenko. Der Autor sieht sich in seinen Überlegungen über den Monetarismus auch durch die Weltfinanzkrise im Jahr 1998 bestätigt. Hier kritisiert er erneut die Notenbank für ihre Rolle beim Aufbau der Schuldenpyramide in den Jahren 1996 und 1997 durch Wertpapieremission (laut Kost Bondarenko war der damalige Premier Pawlo Lasarenko für den Aufbau der Pyramide verantwortlich, die negative Haltung Juschtschenkos führte zu einer Eskalation des Konfliktes zwischen den beiden Politikern – *Anm. des Verfassers*), die ein Jahr später die ukrainische Wirtschaft fast in den Bankrott getrieben hätte und eine der Hauptursachen für den Zusammenbruch der Hrywnja im August 1998 gewesen war. Als wirtschaftlich unbegründet sieht Haltschinskij auch die Politik der künstlichen Stabilisierung der Hrywnja durch die Notenbank in den Jahren 1996 und 1997. Die Geldknappheit war für Haltschinskij die Hauptursache für die schnelle Zunahme der Tauschgeschäfte in der Wirtschaft, die Rückstände bei der Auszahlung der Renten und Gehälter hatten im Oktober 1998 8,5 Milliarden Hrywnja erreicht (im Jahr 2000 wird die Regierung Juschtschenko die Tauschgeschäfte konsequent bekämpfen, die Rentenrückstände tilgen und die Lohnrückstände drastisch verringern – *Anm. des Verfassers*).

Die ukrainische Wirtschaft war zum Zeitpunkt der Weltfinanzkrise in einer schlechteren Verfassung als die russische. Der Produktionsrückgang konnte nicht gestoppt werden, und die Verringerung des Haushaltsdefizits wurde nicht durch die Strukturreform des Finanzsektors, sondern durch Einfrieren von

mehreren Ausgabenposten künstlich erreicht. Nach Auffassung von Haltschinskij stellte die Finanzkrise die ukrainische Wirtschaft an den Rand des Abgrunds. In dieser Situation schätzt er das aktive Handeln von Präsident Kutschma besonders hoch ein. Nach einer anhaltenden wahlbedingten Periode der Passivität des ukrainischen Parlaments hat der Präsident zur Zeit der Krise die Machtfülle und die volle Verantwortung übernommen. Für Haltschinskij war dies der Zeitpunkt, zu dem die Staatsgewalt in der Ukraine in der Form einer Präsidentialverwaltung ausgeübt wurde – mit offensichtlichem Erfolg.